

Getreu der ihm zugewiesenen Aufgabe eines Mittlers zwischen Verlag und Sortiment muß der Verband der Kreis- und Ortsvereine sich gegen alle Maßnahmen wenden, die die Interessen einer der beiden Gruppen verletzen oder etwa, wie im vorliegenden Falle, in ihren letzten Konsequenzen den Fortbestand der Organisation und damit den ganzen Buchhandel bedrohen.

Halle und Magdeburg, 28. Januar 1920.

Der Vorstand des Verbandes der Kreis- und Ortsvereine
im Deutschen Buchhandel.

Walther Jäh. Max Kretschmann.
Hermann Niemeier.

Zur Notstandsordnung.

(Vgl. Nr. 17 u. 21.)

Der Erklärung des Herrn Richard Linnemann schließe ich mich als Vorsitzender unseres größten Kreis- und Ortsvereins, der noch dazu den Vorzug hat, daß in ihm die Hauptgegner von rechts und links vertreten sind und die Gegensätze am schärfsten aufeinanderprallen, vollinhaltlich an.

So geht es nicht weiter! Schon die bisherige Notstandsordnung hat uns Mühe genug gekostet; schon sie ist oft genug durch Eigenmächtigkeiten durchbrochen worden. Noch heute ist die Frage der Besorgungsgebühr für Zeitschriften ungelöst, da eine bestimmte Gruppe von Verlegern sich einfach über die vom Börsenvereins-Vorstand genehmigten, von ihm allerdings nicht genügend geschützten Beschlüsse der Ortsvereine hinwegsetzt.

Wir verlangen Klarheit für unsere Geschäftsführung, die sonst nicht mehr in geregelter Form zu erledigen ist. Wer Mitglied des Börsenvereins ist, hat sich vor seinem Eintritt auf dessen Satzungen, Ordnungen und Beschlüsse verpflichtet, ist also an sie unweigerlich bis zu seinem Ausscheiden gebunden. Wer gegen diese einfache Regel verstößt, muß so oder so die Folgen tragen.

Es gilt jetzt das Ganze des Börsenvereins. Darüber müssen wir uns klar sein. Es würde tief bedauerlich sein, wenn die Stürme der Zeit auch die in jahrzehntelanger Arbeit gebauten Grundmauern des Börsenvereins erschüttern und zerbröckeln sollten.

Ich hoffe aber, daß die augenblickliche Kampfstimmung sich befähigen wird, und daß wir wieder zur Einigung kommen werden. Da es nun aber dringend notwendig erscheint, daß die Vorstände der Kreis- und Ortsvereine in gleichem Sinne diese schwerwiegende Angelegenheit behandeln, habe ich den Vorsitzenden des Verbandes der Kreis- und Ortsvereine gebeten, mit möglichster Beschleunigung eine Zusammenkunft zum mindesten der Vorsitzenden einzuberufen, damit wir zu bindenden Beschlüssen kommen.

Dr. F. Picardt.

Zur Notstandsordnung und Abschaffung aller Aufschläge.

Von Eduard Urban.

Die Worte unseres verehrten Börsenvereins-Vorstehers, mit denen er im Börzenblatt Nr. 17 vom 22. Januar d. J. auf die in der gleichen Nummer enthaltene Erklärung einer Anzahl von Verlegern eingeht und den Beschluß des Börsenvereins-Vorstandes zur Erhöhung des Teuerungszuschlags des Sortiments auf 20% zu rechtfertigen sucht, veranlassen mich zu folgenden Ausführungen, wie ich sie in kurzen Worten zum Teil schon in der entscheidenden Sitzung am 6. Januar d. J. in Leipzig vorgebracht habe.

Bei vollster Anerkennung, die gewiß nicht nur von mir, sondern allseitig den Absichten und Beweggründen des Börsenvereins-Vorstandes entgegengebracht wird, bedauere ich, ihm auf dem von ihm hier eingeschlagenen Wege nicht folgen zu können, im Gegenteil, ich halte ihn für falsch und in seinen späteren Wirkungen für verhängnisvoll. Wir sollten nicht in den

allgemein herrschenden Fehler verfallen, durch kleine Mittel Augenblickswirkungen hervorzurufen, sondern müssen weitausschauende Maßnahmen treffen, damit uns der wirtschaftliche Niedergang gerüstet findet. Unser ganzer Wirtschaftskörper zuckt unter den größten Schmerzen. Statt das Übel an der Wurzel zu packen und durch vielleicht noch schmerzhaftere aber heilsame Eingriffe zu beseitigen, bemüht man sich, lediglich die Schmerzempfindungen durch immer größere Morphiumdosen zu unterdrücken. Das Übel selbst aber bleibt und frißt dauernd weiter. Sieht es nun bei uns nicht ähnlich aus? Der Begriff »Allgemeine Notlage« ist schon zu sehr Schlagwort geworden, mit dem alles mögliche begründet werden soll. Das führt zu ganz falschen Vorstellungen. Unter der allgemeinen Notlage, die in den ganzen wirtschaftlichen Verhältnissen begründet ist, leiden wir alle. Der ist mit Teuerungszuschlägen nicht beizukommen. Von einer Notlage im besonderen kann man aber weder im Verlag, noch im Sortiment sprechen. Im Gegenteil, von allen Seiten wird ein überraschend guter Geschäftsgang gemeldet. Nie sind so viele neue Sortimente und Verlage gegründet worden, wie in der letzten Zeit. Geld ist im Überfluß vorhanden, es wird rasch und gut bezahlt, die frühere weitgehende Verschuldung des Sortiments beim Kommissionär hat ganz aufgehört. Von maßgebenden Sortimentern wird versichert, daß eine Erhöhung des Aufschlags durchaus nicht nötig sei, sie fügten sich nur widerstrebend. Warum also trotzdem der Ruf nach einer Erhöhung des Teuerungszuschlags? Einfach deshalb, weil das Buch in jeder Form noch immer sehr begehrt ist, dem Verkäufer aus der Hand gerissen und vom Käufer nach dem Preise überhaupt nicht gefragt wird. Einen Ladenpreis gibt es nicht mehr. Der Käufer bezahlt den Betrag, der verlangt wird, und wird höchstens stutzig, wenn ihm von einem ungeschickten Verkäufer die Zusammensetzung vorgerechnet wird. Nebenbei bemerkt scheint mir das ein sehr bedenkliches und bedauerliches Zeichen für den Tiefstand unserer geschäftlichen Sitten zu sein und läßt es fraglich erscheinen, ob Verordnungen, die doch nur auf dem Papier stehen, überhaupt noch Zweck haben und man in diesen Zeiten den Dingen nicht einfach ihren Lauf lassen sollte. In Berlin hat kürzlich jemand fünf Exemplare ein und derselben Grammatik in fünf verschiedenen Geschäften zu fünf verschiedenen Preisen zwischen M. 1.35 und M. 3.20 gekauft. Das Chaos ist also da und wird durch die Erhöhung der Zuschläge weiter vergrößert.

Wir leben in einer Zeit, in der alles ins Gegenteil verkehrt ist; während früher der Verlag gegen die Unterbietung der Ladenpreise zu Felde ziehen mußte, muß er es jetzt gegen eine zu große Überschreitung. Kein Wunder, daß sich mancher Verleger durch Verringerung des Rabatts dagegen zu schützen sucht. Dem ist aber nicht durch eine weitere Erhöhung der Zuschläge zu steuern, sondern umgekehrt. Geht die Entwicklung wie bisher weiter, dann wird in Kürze der Ruf nach einer weiteren Erhöhung des Sortimenterteuerungszuschlags laut werden, ohne daß ein Ende abzusehen ist. Der Ladenpreis wird zu einem Bruchteil des Verkaufspreises. Ist das etwa eine natürliche und wünschenswerte Entwicklung? Der Verleger wird unter solchen Umständen in der Sorge, seine Werke konkurrenzfähig zu erhalten, zum Selbstschutz schreiten müssen. Er wird den Ladenpreis so niedrig wie möglich zu halten suchen und dementsprechend den Rabatt immer mehr zu kürzen gezwungen sein. Das Ende dieser ganzen Politik der Teuerungsaufschläge wird sein, daß es am Schlusse nur einen Verlegerpreis gibt und der Sortimenter auf diesen 50% und mehr als seinen Ertrag aufschlägt. Das geht solange, wie jetzt bei der allgemeinen Kaufmüde und Gleichgültigkeit gegen Preise und dem noch vorhandenen Glauben an die überall vorhandene Gleichartigkeit des Verkaufspreises von Büchern eine Konkurrenz seitens des Verlegers ausgeschlossen ist. Kommt aber früher oder später die Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, dann wird sich in aller Klarheit zeigen, wie unmöglich es ist, einen dann wirklich sich verringernden Umsatz durch steigende Zuschläge ausgleichen zu wollen. Als erstes werden diese faulen Früchte durch den Sturmwind der Zeit vom Baume geschüttelt werden, und jeder wird und muß versuchen, wieder durch bil-